



Für
Menschenrechte
gegen
Extremismus



DEUTSCH-RUSSISCHER AUSTAUSCH E.V. НЕМЕЦКО-РУССКИЙ ОБМЕН



Blickpunkt Demokratie und Extremismus
Newsletter Osteuropa
August | 2008

INHALT	Seite
Jugendpolitik: Sankt Petersburger Ansichten	1
Frühjahr 2008: Depression und Déjà-vu (Galina Koschewnikowa)	3
Bericht der RF und Gegenbericht russischer NGOs zur Diskriminierung in der UNO vorgelegt	9
Gegenbericht der NGOs für das UN-Komitee zur Überwindung der Rassendiskriminierung	9
Chronik	9
Aktuelle Ereignisse in Georgien: Reaktion der russischen Bevölkerung	9
Georgisches Cafe in Moskau in Brand gesetzt	9
Erster antigeorgischer Überfall in Tscheljabinsk	9
Publikationen	9
Sammelband „Russischer Nationalismus – Der soziale und kulturelle Kontext“	9
Impressum	10

Jugendpolitik: St. Petersburger Ansichten

In den 73 Jahren der Existenz des Komsomol haben ihn mehr als 200 Millionen Menschen durchlaufen. Wie die Sache heute um Jugendorganisationen in St. Petersburg steht, berichten die Korrespondenten von „Zona Zako-na.ru“, Dmitrij Izbijzkij und Oleg Muchyn.

Die Rechten

Jabloko

Das „Junge Jabloko“ in Petersburg wurde bereits 1995 von Studenten und Aspiranten der Historischen Fakultät der Staatlichen Universität St. Petersburg gegründet. Nach den Worten seines Vorsitzenden, des Aspiranten Aleksandr Shurshev, gelang es dem „Jungen Jabloko“ seit seiner Gründung, reale Ergebnisse zu erreichen. Zum Beispiel wurde ein Gesetz erlassen, dass den Studiengebühreuzahlern unter den Studenten erlaubt, ermäßigte Fahrkarten zu erwerben, und in den Wohnheimen wurden dank den Bemühungen des „Jungen Jabloko“ die Mieten gesenkt. Zurzeit sammeln die Mitglieder der Organisation im ganzen Land Unterschriften gegen Ände-

rungen im Gesetz über den Militärdienst, welche die Rekruten verpflichten sollen, u.a. im Falle eines Urlaubsantritts persönlich bei der Militärverwaltung vorstellig zu werden.

Oborona

Der Petersburger Arm der Jugendbewegung „Oborona“ wurde 2005 eingerichtet. Zum heutigen Zeitpunkt hat er 40 Mitglieder. Die Petersburger „Oborona“ führt regelmäßig Protestaktionen an öffentlichen Orten durch. So trat zum Beispiel am Tag der Wahlen zur aktuellen Duma der Aktivist Oleg Muchyn als Wahlzettel kostümiert auf, manchmal erscheinen über Nacht Parolen der Bewegung an den Hauswänden; außerdem organisiert „Oborona“ auch Runde Tische für Diskussionsveranstaltungen zu gesellschaftspolitischen Fragen (im Mai fand ein Runder Tisch zu Problemen die Armee betreffend statt). Die Aktivisten der Petersburger „Oborona“ trifft man auf allen Märschen der Nichteinverstandenen. Die Organisation hat nicht nur einen Vorsitzenden – die Verpflichtung auf eine streng horizontale Struktur der Führung ist eines der grundlegenden Prinzipien der Organisation. Die gemeinsame Führung des regionalen Arms besteht aus einem Koordinationsrat von fünf Mitgliedern und einem Generalsekretär.

*Ebenso zum eher rechten Flügel gehören in St. Petersburg die **Volksdemokratische Union der Jugend** (die Jugendorganisation von Michail Kasjanov) und junge Aktivisten der **Union der rechten Kräfte**.*

Die Linke

Sozialdemokraten

Die Russische Sozialdemokratische Union der Jugend in St. Petersburg existiert seit April 2000. Zu Beginn gehörte die RSDSM zur Sozialdemokratischen Partei Russlands (SDPR) von Michail Gorbatschow. Aber seit der Umbildung ihrer Führungsriege ist die RSDSM eine selbständige sozialdemokratische Jugendorganisation. Nach Aussage ihres Vorsitzenden, Jewgenij Konovalov, hat sie in St. Petersburg offiziell 250 Mitglieder, von denen etwa 50 aktiv sind. Die Hauptaufgaben der Union beinhalten Aufklärungskampagnen oder auch die Organisation eines Kinofestivals gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in St. Petersburg. Man kooperiert mit Gewerkschaften, so wurden beispielsweise die Streikenden der Ford-Werke und die Mitarbeiter der Post unterstützt, und nimmt an Straßenaktionen der Opposition teil, wie den Marsch der Nichteinverstandenen und Veranstaltungen zum 1. Mai.

Kommunisten

In St. Petersburg wirken die Anhänger der KPRF aktiv besonders in zwei Organisationen mit. Die offizielle Jugendorganisation der KPRF ist die Union der Kommunistischen Jugend (SKM), die in der Stadt aber nur wenige Mitglieder hat. Die jungen Anhänger der KPRF hier ziehen es vor, sich in den freieren Strukturen der Föderation der Sozialistischen Jugend (FSM) politisch zu betätigen. 35 der Mitglieder der Föderation sind Anhänger der KPRF, insgesamt hat die FSM 50 Mitglieder. Sie organisieren Straßenaktionen (wie im Februar, als die FSM einzelne Streikposten bei den Einwohnermeldeämtern aufstellte, um einen Aufschub der Fristen für die Durchführung von Kommunalwahlen zu erwirken). Außerdem führen die Aktivisten Mahnwachen durch (die im Winter der Blockade Leningrads und im Juni dem Großen Vaterländischen Krieg gewidmet sind).

Nationalbolschewisten

Die schillerndsten jugendlichen Aktivisten aus dem linken Flügel der Petersburger Opposition sind die Nationalbolschewiken – Anhänger der 2007 verbotenen Nationalbolschewistischen Partei, deren Petersburger Arm seit 1995 bestand. Zurzeit gibt es etwa 1.200 Nationalbolschewiken, von denen ca. 100 im politischen Leben der Stadt aktiv sind. Ihr Ziel ist, so das ehemalige Mitglied des Vorstands des Petersburger Arms der NBP, Andrej Pesotskij, der Kampf mit den Machthabern um soziale und nationale Gerechtigkeit. Zu den wichtigsten Aktionen der Bewegung zählt Pesotskij vor allem den Marsch der Nichteinverstandenen vom 3. März 2007 (als die Nationalbolschewiken für einen Massenauflauf auf dem Nevskij Prospekt sorgten) und den Kampf gegen die ausufernde Bebauung der Stadt.

*Des Weiteren tummeln sich im linken Flügel der Petersburger Oppositionspolitik die **Bewegung des Widerstands namens Petr Alekseevs (DSPA)** und die **Avantgarde der Roten Jugend (AKM)**.*

Die Patrioten

Eine der aktivsten Organisationen ist die **Bewegung gegen illegale Immigration (DPNI)**, deren Petersburger Zweig 2004 gegründet wurde. Offiziell ist sie keine Jugendorganisation, aber nach den Worten des Koordinators der DPNI für das Leningrader Gebiet, Roman Nosik, beträgt der Anteil jugendlicher Mitglieder 70%. Zu den wichtigsten Aktionen der Organisation zählt Nosik den Durchbruch der Informationsblockade um die Ereignisse in der Stadt Kondopoga, wie auch den Russischen Marsch 2006.

*Außerdem im Petersburger patriotischen Flügel: Die **Slawische Gemeinschaft** und die **Slawische Union**.*

Proregierungsorganisationen

Unsere

Die junge demokratische antifaschistische Bewegung „Unsere“ ist eine Jugendorganisation auf Seiten des Kremls, die in Russland auf Initiative und mit Unterstützung einer Reihe von Vertretern der Präsidentschaft der RF und sogar des Präsidenten Vladimir Putin selbst gegründet wurde. „Unsere“ ist de facto die einzige Jugendbewegung im heutigen Russland, deren Aktivisten der ehemalige Präsident Putin regelmäßig empfing.

Wie ein ehemaliges Mitglied der Bewegung unter dem Pseudonym Rotterdam berichtet, bildet „Unsere“ eine organisatorische Pyramide ganz eigener Art. Die Führungsriege der Organisation ist „aufgestiegen“: einige zogen wegen der Arbeit nach Moskau um, andere verdienen einfach Geld. Leonid Kursa beispielsweise, der ehemalige Vorsitzende des Petersburger Arms, studiert zurzeit auf Malta. Angeblich hat er sich eine Wohnung gekauft.

„Die Junge Garde“ der Partei „Einiges Russland“

In der Bewegung sind etwa 200 Leute organisiert, von denen ungefähr 50 aktiv sind. Werden sie „befördert“, wechseln die Mitglieder aus der „Jungen Garde“ in die Wirtschaft, in Kreisverbände der Partei „Einiges Russland“ und in Kreisverwaltungen. Die grundlegenden Aktivitäten der Organisation umfassen die Organisation einer Reihe von Veranstaltungen und die Durchführung politischer Debatten sowie die Unterstützung von „Einiges Russland“ bei der Organisation von Großveranstaltungen.

Außerdem in St. Petersburg:

Unter den Organisationen, welche die politischen Machthaber unterstützen, sind so bekannte wie „Die Einheimischen“, „Junges Russland“, „Die Zusammengehenden“ und andere.

Quelle: www.zonazakona.ru Nr. 13 (Juli 2008)

In dieser Ausgabe beginnen wir mit der Veröffentlichung des Monitorings des Analyse-Zentrums „Sowa“. Teil 1:

Galina Koschewnikowa: Frühjahr 2008: Depression und Déjà-vu
--

(Redaktion: Aleksandr Werchowskij)

Resümee

Das Ausmaß rassistischer Gewalt hat sich nicht verringert, im Gegenteil wächst das Ausmaß alltäglicher fremdenfeindlicher Gewalt langsam aber stetig; ebenso wie das religiös motivierter Überfälle. Es entwickelt sich die Praxis, Massenschlägereien zu provozieren. Alle hochaktiven Organisationen des rechtsradikalen Spektrums befinden sich zurzeit in einer schweren Depression. Zum einen gelang es ihnen nicht, die Erfolge öffentlicher Aktionen der vergangenen Jahre zu wiederholen, zum anderen versanken sie in internen Spaltungen und Konflikten. Einige positive Veränderungen lassen sich in der Sphäre des Widerstands gegen fremdenfeindliche Erscheinungen beobachten. Linke antifaschistische Aktivisten legen eine immer größere Geschlossenheit und öffentliche Aktivität an den Tag. Russische Fußballorganisationen wurden aufmerksamer gegenüber dem Problem des Rassismus von Seiten der Fans. Die strafrechtliche Verfolgung sowohl von rassistischer Gewalt als auch von Hetzpropaganda ist im Vergleich zum Vorjahr nicht gesunken. Offenbar gelang es, die Welle neonazistischer Morde zu brechen, die im ersten Quartal 2008 durch Moskau rollte. Über die Verbesserung der Qualität der Schuldsprüche kann man bislang noch nichts sagen, jedoch gibt es bereits einige positive Veränderungen in diesem Bereich: der Artikel 282 wird seltener auf Gewaltverbrechen angewandt, Verbreiter von Hetzpropaganda werden seltener unbegründet zu Freiheitsstrafen verurteilt, es werden bereits die neuen, 2007 eingeführten, „antiextremistischen“ Verbesserungen im Strafgesetzbuch angewandt. Zum ersten Mal in der gesamten Zeit der Existenz antiextremistischer Gesetzgebung wurden Normen zur Publikation der Föderalen Liste extremistischer Organisationen erarbeitet. Die nicht gerechtfertigte Anwendung antiextremistischer Gesetzgebung entwickelt sich wesentlich aktiver und – was noch alarmierender ist – wesentlich logischer als die gerechtfertigte Anwendung. Als Hauptproblem in diesem Bereich besteht nicht nur die offensichtliche politische Motivation der Verfolgungen weiter. Es existieren zwei Probleme, welche diese Praxis der Rechtsanwendung auch ohne die politische Komponente diskreditieren. Das erste ist das Fehlen tatsächlicher Mechanismen, welche die Erfüllung von gesetzlichen Bestimmungen gewährleisten und eine widersinnige Auslegung ausschließen (wie etwa die Verfolgung eines Restaurators für die Darstellung eines Hakenkreuzes auf dem Modell eines Faschisten-Panzers). Das zweite ist Rechtsnihilismus und / oder der niedrige Professionalitätsgrad von Organen der

Exekutive, die sogar wirklich gesellschaftlich gefährlichen Aktivisten, Organisationen und Medien des ultrarechten Spektrums zugeneigt sind, ein Gesetz willkürlich anzuwenden.

Erscheinungsformen radikalen Nationalismus

Gewalt

Nach dem ersten Plätschern der Gewalt, die sich in den Wintermonaten des Jahres 2008 bemerkbar machte, stabilisierte sich die Situation im Frühjahr etwas. In der Zeit von März bis Mai 2008 gab es laut den Monitoring-Daten des Zentrums „Sowa“ mindestens 122 Opfer von Gewaltübergriffen, von denen 22 starben. Im gleichen Zeitraum des Jahres 2007 starben 23 Menschen und 135 wurden verletzt. Allerdings kann von einer Verbesserung und „Stabilisierung der Gewaltsituation“ nicht die Rede sein. Zweifelsfrei werden viele Überfälle – vor allem die, bei denen es keine Toten gibt – gar nicht bekannt.¹ Außerdem steigen erst jetzt die Angaben über die Opferzahlen für das Jahr 2007 rasch an²; zweifellos werden auch die aktuellen Daten noch nach oben korrigiert werden. Mit Sicherheit ist zu sagen, dass es den Rechtsschutzorganen gelungen ist, die Mordwelle, die im Januar und Februar 2008 durch Moskau rollte, zu brechen. Insgesamt wurden in den ersten fünf Monaten des Jahres 2008 246 Menschen Opfer rassistischer und nazistisch motivierter Gewalt, von denen 59 starben. Neben Moskau (36 Tote und 89 Verletzte) und St. Petersburg (12 Tote, 18 Verletzte), die traditionell die Opferstatistik anführen, sind Gewaltvorfälle in weiteren 22 Regionen dokumentiert. Eine alarmierende Dynamik im Anwachsen von Überfällen sehen wir in Woronesh. Es war zu bemerken, dass nach den großen Prozessen in den Jahren 2005 und 2006 die Aktivität von Neonazis in der Region nachgelassen hat. Das stellten nicht nur die Vertreter des Staates, sondern auch regionale Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen fest. Aktuell wissen wir von 11 Opfern im Woronesher Gebiet (darunter eines mit Todesfolge). Und diese Zahl liegt nur wenig unter der Bilanz des Vorjahres: damals waren es 16 Opfer. Es ist offensichtlich, dass Einwanderer aus Zentralasien das bevorzugte Ziel für Überfälle durch Nazi-Skinheads bilden – auf sie entfällt mehr als ein Drittel der Gesamtopferzahl (33 Tote, 58 Verletzte). Waren bisher Männer die Hauptopfer von Neonazis und Überfälle auf Frauen und Kinder eher die Ausnahme der Regel, werden immer öfter Übergriffe auf Letztere bekannt. Und das bestätigt nur die These über die Zunahme der Grausamkeit der Neonazis. Zu einer keineswegs neuen, aber immer offensichtlicheren Erscheinung wird die Beteiligung von Mädchen an neonazistischen Überfällen. Das ist nicht nur aus Schilderungen der Überfälle, sondern auch aus Gerichtsurteilen ersichtlich (beispielsweise wurden mindestens drei Frauen für rassistische Gewalt und Propaganda verurteilt, von denen sich zwei in einem noch laufenden anderen Gerichtsverfahren befinden). Es muss angemerkt werden, dass die Anzahl an Nachrichten über Überfälle durch Neonazis auf Angehörige der linken und antifaschistischen Jugend sowie alternative Subkulturen der Nazi-Skinheads deutlich zurückgegangen ist. Das rührt allerdings nicht daher, dass die Zahl der Attacken tatsächlich zurückgegangen wäre, sondern damit, dass die Opfer selbst nicht an einer Veröffentlichung dieser Informationen interessiert sind, da sie diese Überfälle häufig als Element eines „Krieges“ mit den Neonazis sehen. Wir betonen, dass auch Unbeteiligte Opfer dieses „Krieges“ werden können, wie z.B. der am 16. März 2008 getötete Aleksej Krylow (ein Tod, der zu dem am stärksten beachteteten Verbrechen des Frühjahrs 2008 wurde). Wir erinnern, dass ein Konzert von in der antifaschistischen Jugendszene populären Gruppen im Klub „Art Garbage“ im Bezirk „Kitaj-Gorod“ stattfinden sollte. Bereits im Vorfeld wurde bekannt, dass Neonazis einen Anschlag auf die Besucher des Konzerts planen, und die meisten Besucher kamen in großen Gruppen in den Klub, für die Attacke gerüstet. Der Attacke ausgesetzt war dann aber eine kleine Gruppe von Leuten, die nicht zur Antifa-Szene gehörten. In Folge dieser Attacke starb Aleksej Krylow, ein Mädchen wurde wie durch ein Wunder nicht schwer verletzt. Das Konzert selbst wurde von den Veranstaltern abgesagt: zuerst wurde im Klub Tränengas versprüht, dann hieß es, eine Bombe befände sich im Raum. Übrigens ist das nicht der erste Fall, bei dem durch die Warnung vor einer oder die reale Bedrohung durch eine Explosion ein Punk-Konzert verhindert wird. So geschehen im Jahr 2007 in St. Petersburg und Ishewsk. Hauptgewalttäter bleiben nach wie vor Nazi-

¹ Wie immer sind in den Zahlen der Opfer von Gewaltübergriffen Opfer von Massenschlägereien, Verbrechen mit eigennützligen Motiven, nicht enthalten, wenn das Motiv des Fremdenhasses nicht von der Gerichtsuntersuchung anerkannt wird. Indessen bilden Raub und Raubüberfall allem Anschein nach gängige Praktiken bei neonazistischen Überfällen und dienen zur Verschleierung des tatsächlichen Motivs. Siehe dazu unten.

² Z.B. stiegen die Daten für das Frühjahr 2007 im Vergleich zum Zeitpunkt der Publikation des Vortrags von Galina Koschewnikowa und Aleksandr Werchowiskij „Zeit der Aussaat auf dem Feld des russischen Nationalismus“ (27. Juni 2007) auf 15 Prozent.

Skinheads, aber, wie auch bisher, wurden Vorfälle dokumentiert, die mit ihnen nichts zu tun haben. Zum Beispiel kam es schon zum zweiten Mal zu einer Konfliktsituation, ausgelöst durch ethnische Feindschaft zwischen Gruppen armenischer und aserbajdschanischer Studenten auf dem alljährlichen Fest, das am 1. Mai in der Russischen Universität der Völkerfreundschaft veranstaltet wird. Im Novosibirsker Gebiet kursierte im Zusammenhang mit dem Selbstmord eines Offiziersschülers des Novosibirsker Militär-Instituts des Verteidigungsministeriums das Gerücht von nationalistischen Äußerungen von Seite anderer Offiziersschüler gegen ihn, einen ethnischen Tartaren. Im autonomen Gebiet Tschukotka drang ein betrunkenen Gerichtsvollzieher in ein protestantisches Gebetshaus und eröffnete das Feuer auf die Pfarrgemeinde (glücklicherweise wurde niemand verletzt). Im Frühjahr 2008 wurden einige Überfälle registriert, die ganz offensichtlich nicht aus ethnischen, sondern religiösen Motiven resultierten. Insbesondere wurde am 23. März in Nischnij Nowgorod ein Überfall auf die Mitglieder der „Gesellschaft des Bekenntnisses Krishnas“ verübt, bei dem eine Person verletzt wurde; am 2. April überfielen in Kusnezsk im Pensensker Gebiet einige Leute einen Pastor der Kirche „Lebendiges Wort“; am 11. Mai wurde in der Moskauer Metro eine Frau zusammengeschlagen, der Auslöser war ihre muslimische Kleidung. Jedoch bilden Überfälle mit religiösen Motiven insgesamt noch immer Einzelfälle und haben in der Regel (Ausnahme bilden die Muslime) einen spontanen Charakter. Zum Beispiel ist der Überfall im Pensensker Gebiet höchstwahrscheinlich mit der durch den Frühling veränderten Situation einer Gruppe Gläubiger verbunden, die sich in Erwartung des Weltuntergangs in das Eremitentum begeben haben³. Ernstlich alarmierend ist allerdings die deutliche geographische Ausbreitung solcher Vorfälle.

Vandalismus

Die häufigste Art religiöse Ablehnung zu demonstrieren, äußert sich in Vandalismus – in der Beschädigung und Zerstörung von Denkmälern und Kulturstätten. Seit Jahresanfang sind 29 Tatbestände von Vandalismus an Kultur- und Denkmalstätten registriert worden (darunter 14 jüdische, 8 orthodoxe, 5 moslemische und 2 protestantische). 19 dieser Delikte (darunter 10 jüdische, 7 orthodoxe, 5 moslemische und 2 protestantische) entfallen auf das Frühjahr. Davon sind 11 Straftaten dem sogenannten „ideologischen“ Vandalismus zuzuordnen (9 davon entfallen allein auf die Monate März - Mai). Es sind durch neonazistische Sprühereien verschandelte Gedenkstätten für die Helden des 2. Weltkriegs. Eine Steigerung von Tatbeständen gegenüber dem vergangenen Jahr kann nicht verzeichnet werden (Im Jahr 2007 sind in der gleichen Zeit 31 Tatbestände von Vandalismus, darunter 20 im Frühjahr, registriert worden.) Es ist jedoch stets schwer, an Informationen zu gelangen.

So wurde die Beschmierung der Vladivostoker Synagoge Anfang April erst Wochen nach der Tat publik und auch das nur durch die Meldung auf linksradialen Webseiten. Ein vermehrtes Auftreten von Vandalismusakten ist zu den Festlichkeiten um den Tag der Befreiung herum zu verzeichnen gewesen, als innerhalb weniger Tage Soldatendenkmäler in Petersburg, Podmoskovje und Nischnij Nowgorod geschändet wurden. In weiteren Städten versuchten Ultrarechte Plakate und Transparente mit rechten Parolen zu veröffentlichen. Rechtsradikale Schmierereien werden immer häufiger organisiert durchgeführt. Größere Aktionen werden in erster Linie über das Internet organisiert. Der Einsatz ist „niveauabhängig“ organisiert, ähnlich dem von Computerspielen. Die Handlungen werden von Stufe zu Stufe schwieriger, angefangen mit dem Sprühen einfacher Schablonengraffities über die Androhung physischer Gewalt bis hin zur Veröffentlichung privater Daten.

So wurde im Zeitraum Februar bis März dieses Jahres eine Liste mit Privatadressen und Telefonnummern von sogenannten „Volksfeinden“ im Internet veröffentlicht und durch diverse neonazistische und ultrarechte Seiten verbreitet. Diese Liste enthielt später sogar Fotos einer Reihe von Leuten. Diese Liste enthielt nicht nur die Angaben von Menschen, die von den Rechten (in einigen Fällen völlig unbegründet) zu den Anhängern antifaschistischer Aktionen gerechnet werden, sondern auch von Mitgliedern des Public Chambers, Journalisten, hochgestellten Beamten der Staatsanwaltschaft sowie Richtern des Obersten Gerichtshofs Russlands. Darüber hinaus wurden im Internet nicht nur Gewaltdrohungen und private Daten von sogenannten „Volksfeinden“ veröffentlicht, sondern im Rahmen „des Spiels“ auch nachgestellte (so bleibt zu hoffen) Aufnahmen von Hinrichtungen von Menschen nicht slawischer Herkunft⁴.

³ Insbesondere erklangen in mindestens einem der Informationstexte über die Pensensker Eremiten von Seiten der Bewohner der Region offene Aufrufe, „alle wie in „Nord-Ost“ zu vergasen“. Über die Erläuterung der Medien zur Situation mit den Pensensker Eremiten im Frühjahr 2007 s.: Koschewnikowa Galina: Die Sprache der Feindschaft und die Wahlen: föderale und regionale Ebene. Nach Monitoring-Materialien aus dem Frühjahr 2007; Zentrum „SOWA“: Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit in Russland, 1. Juni 2008 (<http://xeno.sova-center.ru/213716E/21728E3/B2A44F2>).

⁴ Das ganze sieht folgendermaßen aus: Vor schwarzem Hintergrund erscheint die Darstellung eines nicht slawisch aussehenden Menschen, der das Russische Volk um Vergebung bittet. Daraufhin wird das Bild abgedunkelt, die Darstellung verschwindet und es ist ein Schuss zu hören.

Aktivitäten ultrarechter Gruppen

Nach längerer Pause ist eine erneute Belebung rechtsradikaler Organisationen zu verzeichnen sowie der Versuch das befindliche Tief zu überwinden. Die Talfahrt begann aufgrund der Wahlernttäuschungen sowohl auf föderaler als auch auf lokaler Ebene. Vermutlich trug auch die ungewöhnlich hohe Anzahl von Festnahmen von Neonazis in Moskau und Umgebung dazu bei.

Über die Wahlen der örtlichen Machtorgane wurde bereits in der Rückschau der Winterereignisse berichtet.⁵

Anzumerken ist, dass trotz aller Tricks (Nominierung durch KPRF, Tarnung xenophober Rhetorik durch soziale Parolen etc.) sogar die verhältnismäßig freien lokalen Wahlen für die Rechtsradikalen schlecht ausfielen. In Moskau konnten sie gerade vier Kandidaten aufstellen, in Jaroslawl und Wolgograd blieben sie ohne Mandate. Die ersten Versuche das Tief nach den Wahlen zu überwinden, wurde im Vorfeld des 19. April – Hitlers Geburtstag unternommen. Angeführt von der „Bewegung gegen illegale Immigration“ (russisch DPNI) versuchte die Koalition der ultrarechten Kräfte eine russlandweite Aktion „zur Unterstützung der russischen Politgefangenen“ zu organisieren, die ähnlich der im Januar 2007 veranstaltet wurde. Damals wurden in mindestens 16 Städten Russlands Demonstrationen und Mahnwachen veranstaltet. Diesmal fanden jedoch nur in drei Städten Veranstaltungen statt – in Moskau, Nowosibirsk und Wolgograd. In Wolgograd fand die Versammlung in erster Linie durch den Einsatz des aus dem Gefängnis entlassenen Igor Mogilev statt.

Auch die Beteiligung war vielfach geringer als 2007. Beim Moskauer Meeting versammelten sich gerade mal 300 Demonstranten. Auch beim Maiumzug, der das zweite Jahr unter der Ägide von DPNI in der Nähe der All-unionausstellung statt fand, waren nicht mehr als 400 Beteiligte.

Bezeichnend ist, dass seit Anbeginn der Durchführung solcher Veranstaltungen die Moskauer Antifaschisten das erste Mal gut auf den Aufmarsch ultrarechter Gruppen vorbereitet waren. Über die Länge der gesamten Marschstrecke der Rechten hatten sie antirassistische Flugblätter geklebt und entsprechende Graffiti und Parolen gesprüht. Diese Aktivitäten riefen von journalistischer Seite sehr viel mehr Aufmerksamkeit hervor als die ganze Veranstaltung an sich, die ansonsten recht schwunglos von statten ging. Um vieles zahlreicher verlief der vom Eurasischen Jugendverband organisierte „Serbische Marsch“. Zu beachten ist die Besonderheit der Organisatoren, die im Unterschied zur DPNI eine Pro-Kreml Organisation sind. Der Euraische Jugendverband bekundet immer wieder seine Loyalität gegenüber dem politischen Regime auf vielfältige Weise. So spielt der Jugendverband nicht selten die Rolle der „politischen Stürmer“, die auf Veranstaltungen der politischen Opposition Chaos und Durcheinander stiften und ideologischen und religiösen motivierten Vandalismus verüben. Der Ostermarsch nahm am 27. April 2008 dieselbe Route wie der *Russische Marsch 2007*: Entlang der Nabereschnaja Tarassa Schewtschenko, fast vollständig abgeschirmt von Passanten und Zuschauern. Schätzungen zufolge nahmen an die Tausend Personen teil. Die Mehrzahl bildete dabei keineswegs die für sich genommen geringfügige Anhängerschaft der *Eurasischen Union der Jugend* (ECM).⁶ Die Veranstaltung ist nicht nur von Interesse, weil ein Teil der Nationalisten auf ihre eigene Symbolik verzichteten und unter den Fahnen einer Organisation marschierten, die offen mit einigen Hauptakteuren der Moskauer Rechtsradikalenszene konkurrieren, sondern auch, weil Rechtsradikale gemeinsam mit der kremelnahen *Rossija Molodaja* auftraten und unter den Rednern sich neben dem radikalen orthodox-fundamentalistischen Abt Kirill (Sacharow) und dem Führer der rechtsradikalen *Vereinigung der orthodoxen Bannerträger* Leonid Simonowitsch (Nikschtsch) auch der Abgeordnete der Dumafraktion von *Jedinnaja Rossija* und Führer der „Rumola“-Bewegung Maxim Mischtschenko befanden. Das ist der erste uns bekannte Fall einer gemeinsamen Veranstaltung nicht nur in Form einer Teilnahme (gemeinsame Mahnwachen vor bestimmten Botschaften sind eine mittlerweile bekannte und beschämende Tatsache), sondern eines gemeinsamen Auftretens von Rednern. Eine schlagende Illustration der Tatsache, dass die Ursache des gegenwärtigen Drucks auf die Organisation nicht die Rechtswidrigkeit ihrer Betätigung ist, sondern mangelnde Loyalität mit der politischen Führung. Erinnert sei an den Versuch, am 27. April 2008 eine Massenschlägerei im Alexandergarten zu provozieren. Einige Tage zuvor hatten Rechtsradikale auf ihren Internetportalen die Nachricht veröffentlicht, dass Anhänger der kaukasischen Jugendbewegung planen, am 27. April „den Russen das Osterfest zu verderben“: Sich versammeln, eine Lesinka tanzen und draufhauen, wenn Nazi-Skinheads kommen. Die entsprechenden Aufrufe, auf die sich die Rechten beriefen, konnten leider nicht auffindig gemacht werden (sämtliche Zitate gehen nur auf rechtsextreme Portale zurück), so dass sich kaum beurteilen lässt, ob es solche Aufrufe tatsächlich gegeben hat. Am 27. April führte eine kleine Gruppe Rechtsradikaler im Alexandergarten „Osterspaziergänge“ durch. Sie standen dabei unter strenger Aufsicht der Polizei, die auf mögliche Ausschreitungen vorbereitet war. Dazu kam es aber nicht. Bereits in den Sommermonaten wur-

⁵ Siehe: Koschwenikowa G. Winter 2007-2008 2008: Epidemie von Morden vor dem Hintergrund der Wahlen//Zentrum „Sowa“. Nationalismus und Xenophobie in Russland. 2008. 23. März (http://xeno.sova-center.ru/29481C8/ACE046A#r2_3).

⁶ Nach Angaben der ECM nahmen am Ostermarsch ebenfalls teil: *Rossija Molodaja*, die *Vereinigung der orthodoxen Bannerträger*, verschiedene monarchistische und nationalistische Organisationen, darunter die *Russische gesamt-nationale Union* und die *Russische Reichsbewegung* (eine ultrarechte monarchistische Bewegung, die in ihrer Symbolik ein nur leicht abgewandeltes Hakenkreuz verwendet).

den Tendenzen gegenseitiger Provokationen von Rechtsextremen und kaukasischen Jugendgruppen offensichtlich.⁷ Im Frühjahr kam es allerdings nicht zu weiteren Vorfällen. Dafür spitzen sich die teilweise nationalistisch motivierten Konflikte zwischen Anhängern unterschiedlicher Fußballvereine zu. So werden auf Gastspielen von Vereinen aus Naltschik und Grosny Transparente der Art „Budanow - Held Russlands“ gezeigt, Fans provozieren Schlägereien. Offensichtlich sind dabei auch Fans kaukasischer Vereine nicht unbeteiligt. Über deren Auftreten und Motivation ist allerdings weniger bekannt. Die gewaltigsten Ausschreitungen von Fußballfans ereigneten sich in Prielbrusie am 19. April 2008, in deren Folge drei Moskauer Fans mit Verletzungen durch Waffen und Schläge ins Krankenhaus eingeliefert wurden. Über das Geschehen kursieren unterschiedliche Gerüchte. Den einen zufolge wurden die Krawalle von kaukasischen Fans mittels antirussischer Losungen angezettelt, anderen zufolge sind Moskauer die Unruhestifter gewesen, die im volltrunkenen Zustand eine Rauferei in einem der Hotels vor Ort begannen.⁸ In der zweiten Aprilhälfte begannen wie auch im vergangenen Jahr zunächst für außenstehende Beobachter nicht wahrnehmbare innere Konflikte. Sie waren wie auch die allgemeine Depression offensichtlich durch die Enttäuschung nach dem Wahlkampf hervorgerufen worden sowie auch durch den Druck, dem sich die Führer der rechtsradikalen Organisationen durch die Polizei ausgesetzt fühlten.⁹ Ende April erklärte der Vorsitzende der *National-Sozialistischen Gesellschaft* (NSO) Dmitrij Rumjanzew seinen Austritt aus der Organisation und begründete diesen Schritt mit einem angeblich durch ihn erlittenen Vertrauensverlust.¹⁰ Die Gegner von Rumjanzew wiederum beschuldigen ihn finanzieller Unredlichkeiten (der unrechtmäßigen Verwendung von Parteigeldern) und der Loyalität gegenüber der Staatsmacht, um eine offizielle Registrierung der Organisation zu ermöglichen. Das führte zu einer Spaltung der unter Rumjanzew stehenden Gruppe (bereits im September 2007 zeichnete sich ein Bruch in der NSO ab). Anfang Mai erklärte der politische Rat der Organisation im Zusammenhang mit der Verhaftung des Vorsitzenden der Partei der Freiheit (PS) Jurij Beljajew, Denis Tananin – der Vorsitzende der Moskauer Regionalgruppe der PS – führe provokatorische Aktionen durch. Es ist unklar, ob Tananin irgendwelche Anhänger hat, ob der Vorfall dazu berechtigt, von einer Spaltung zu sprechen, oder ob es sich um einen personellen Konflikt handelt, der durch die der Form nach zynischen, dabei jedoch rationalen Erklärung Tananins über die notwendigen Veränderungen im Programm und in der Führung der Partei nach der Verhaftung ihres Vorsitzenden herrührt. Das zweifellos bedeutendste Ereignis war die Spaltung der *Russischen Bewegung gegen illegale Einwanderung* (DPNI). Sie wurde offiziell am 19. Mai bekannt, als man die Reorganisation ihrer Leitung erklärte und die Führung A. Below übertrug. Aus den im Internet veröffentlichten Erklärungen ging hervor, dass die Spaltung sich vor dem Hintergrund des beabsichtigten Strukturwandels der Organisation von einem Netzwerk (das es bis heute ist) zu einer Parteistruktur mit Satzung und formaler Mitgliedschaft vollzog. Anfangs verlief die Spaltung zwischen Gruppen, die die Brüder Potkin (Aleksandr Below und Wladimir Bassmanow) unterstützten, und Sympathisanten des Führers der Moskauer Gruppe Aleksandr Michailow. In der Folge schloss sich auch Dmitrij Subow, der Führer der *Nationalen Studentenvereinigung*, den Kritikern Belows an und trat wegen des Konfliktes mit Below noch vor dem *Russischen Marsch 2007* aus der DPNI aus. Zum Zeitpunkt der Berichterstattung (Juni 2008) wird im Internet eine polemische Kontroverse zwischen Anhängern und Gegnern der Brüder Potkin geführt. Die Opponenten diskreditieren sich dabei wie üblich. Die Argumente reichen wieder einmal von den jüdischen Vorfahren Belows bis zur Beschuldigung seiner Person, Konflikte zu provozieren und mit den Geheimdiensten zusammenzuarbeiten.

Andere Erscheinungsformen des Nationalismus

Wie schon zuvor sind Fälle öffentlicher Diskriminierung durch Unternehmen bekannt geworden sowie Fälle, die entweder mit versteckter oder offener Propaganda von neonazistischen Symbolen verbunden sind oder mit der Verwendung von Wehrmachtssymbolen für die Maifeierlichkeiten. Sollte es dann zu einem Skandal kommen, werden in der Regel technische Fehler seitens der Ausführenden vorgeschoben, wobei man diesen Darstellun-

⁷ Vergl. dazu: Juni 2008. Monatsbilanz// SOWA-Zentrum. Nationalismus und Xenophobie in Russland 2008. 1. Juli (<http://xeno.sova-center.ru/29481C8/B51AB8B>)

⁸ Während die „nationalistische“ Auslegungsart des Verhaltens der Bewohner von Prielbrusie nicht belegt ist, lässt die rassistische Motivation der Fans des Moskauer „Spartak“ keine Zweifel. Die Videoaufzeichnung des Spiels ist ein hinlänglicher Beleg. Näheres dazu siehe: Fan-Krawalle in Prielbrusie: Rassismus oder Hooliganismus? // SOWA – Zentrum. Nationalismus und Xenophobie in Russland. 2008. 30. April (<http://xeno.sova-center.ru/45A29F2/AFFF9F6>).

⁹ Freilich können unter den heutigen Bedingungen auch vier „Kameraden“ unter den Vertretern in den Organen der lokalen Selbstverwaltung als Erfolg angesehen werden. Das Verhältnis zwischen den in die Moskauer Gebietswahlen investierten Anstrengungen und ihren Resultaten, die Niederlage der „Volksunion“ in Jaroslawl und besonders der Verlust der einflussreichen Lobby in der Staatsduma (die wahrscheinlich zur Folge hatten, dass bestimmte informelle Absprachen nicht eingehalten wurden) stellen zweifellos deprimierende Faktoren dar.

¹⁰ Es ist durchaus denkbar, dass D. Rumjanzew in Erwartung einer Verurteilung nach Art. 282 StGB die Spaltung der Organisation inszenierte, um damit die NSO vor Sanktionen zu schützen, die theoretisch auf der Grundlage der antiextremistischen Gesetzgebung gedroht hätten.

gen nur wenig Glauben schenken kann.¹¹ In diesem Frühling entbrannte der größte Skandal am Vorabend der Maifeierlichkeiten in Jekaterinburg durch das Reklameplakat der Bank „Dragozennosti Urala“.¹² Vom 14. April bis zum 31. Mai führte die Bank eine Reklameaktion für „Pensionsfonds“ durch, bei der der Zinssatz für die Einlagen 14,88% betragen sollte. Die Symbolik des Akronyms „14,88“ wurde sofort als nazistisch erkannt und eingestuft: 14 – „die 14 Wörter von David Lane“, 88 – der Code für „Heil Hitler“. Nachdem es zu einem Skandal gekommen war, erklärten Vertreter der Bank, dass der Zinssatz mit den neonazistischen Akronymen nicht in Zusammenhang stehe und die Bank deswegen nicht auf „den ganzen Quatsch aus dem Netz“¹³ reagieren würde. In der offiziellen Pressemitteilung der Bank hieß es, dass im Rahmen der Aktion Zinssätze von 11,5 bis 13,5 angeboten werden¹⁴ – von einem zufälligen Zusammenhang eines nicht bestehenden Zinssatzes und des bekannten Akronyms nicht sprechen. Nun stellt sich lediglich die Frage, ob jemand im Management der Bank mit den Neonazis sympathisiert und auf diese Weise seine Solidarität mit ihnen erklärt hat oder ob die Bank die Meinung vertritt, dass für Reklamezwecke alle Methoden einschließlich dieser erlaubt sind. Fakt ist, dass die Bank sich von diesem skandalösen Plakat nicht distanziert hat und auch keine anderen Banken noch andere Reklameagenturen sich dazu geäußert haben. Die Tatsache, dass die Bank selbst keinen Schaden in ihrem Image sieht und dass andere Banken dieses Verhalten nicht missbilligen, ist ein ernstes Indiz dafür, dass die Grenzen des Zulässigen in der Öffentlichkeit verschwimmen.

In Petersburg gab es einen Vorfall von öffentlicher Diskriminierung nach ethnischen Gesichtspunkten. Ende April wurde bekannt, dass in einem der Petersburger Nachtclubs eine Erklärung aufgehängt wurde, die mit Hinweis auf die Regeln des Clubs allen Personen mit kaukasischer Nationalität den Eintritt verbietet. Die Verwaltung der Einrichtung wurde von der Staatsanwaltschaft dazu aufgerufen, die antiextremistische Gesetzgebung einzuhalten. Eine Disziplinarstrafe wurde auferlegt (in welcher Höhe ist nicht bekannt).

Gegen den radikalen Nationalismus gerichtete Aktivitäten Gesellschaftliches Engagement

Neben den traditionellen Tätigkeitsfeldern von russischen Organisationen, die sich gegen Rassismus und Xenophobie wenden, gibt es einige Aktionen, die eher situativen Charakter haben. Eine immer größere Wahrnehmung in der Öffentlichkeit erfahren linke und unpolitische junge Antifaschisten. Anlass solcher Aktionen sind in der Regel leider tragische Ereignisse, oft nach gewaltsamen Todesfällen. Nationale Tragweite erlangte so die Aktion im Gedenken an den im August in Angarsk im Ökolager ermordeten Ilja Borodajenko. Im Frühling 2008 fanden Aktionen in Erinnerung an den in Moskau ermordeten Alexej Krylov statt. Am 19. März wurde zu seiner Erinnerung ein Treffen und Gedenkmarsch in Moskau und am 25. März in Petersburg durchgeführt. Berichten zufolge nahmen 250 bzw. 150 Personen teil. Ins Internet gestellte Videoaufzeichnungen sprechen jedoch für deutlich mehr Teilnehmer. Diese Zahlen sind erstaunlich hoch für solche Veranstaltungen – besonders wenn man bedenkt, dass sie für die Teilnehmer lebensgefährlich sein können (sowohl in Moskau als auch in Petersburg haben Neonazis Überfälle versucht). Auffällig ist auch das Verhalten der Polizei: am Ende beider Protestmärsche nahm sie Teilnehmer fest, erlaubte aber dennoch die Durchführung der Veranstaltungen.

Öffentliche Aktivitäten gegen Rechtsradikalismus zeigen sich auch darin, dass sich immer mehr Fußballvereine mit dem Rassismus ihrer Fans beschäftigen – vor allem dann, wenn sie besonders erfolgreich auf der internationalen Bühne spielen und ihr Image pflegen müssen. Nicht nur der russische Fußballverband RFS schenkt dem Thema Aufmerksamkeit (unter anderem wurde der Fußballverein „Torpedo“ wegen rassistischer Zwischenrufe an dunkelhäutige Gegenspieler sanktioniert), sondern auch einzelne Vereine, die offenbar mit der Passivität des Verbandes nicht zufrieden sind. Die Leitung des Clubs „Lokomotive“ bekundete nach dem Vorfall mit dem früher erwähnten Banner „Budanov – ein Held Russlands“ ihre Absicht, die Tribünen der besten Stadien des Landes vom Rassismus zu befreien. Unterstützt wurde dies auch vom Fernsehprogramm „Futbolny Klub“ und dessen Kommentator Wassily Utkin, der dafür bekannt ist, immer wieder auf die Notwendigkeit hinzuweisen, den Rassismus im Fußball zu bekämpfen. Diese Bemerkungen haben keine geringe Rolle gespielt: einige Rassisten haben daraufhin ihre Banner so verändert, dass ihr rechtsradikaler Inhalt nur noch von einem kleinen Kreis

¹¹ Zeugenberichten zufolge wurden in Tscheljabinsk zum 9. Mai Plakate aufgehängt, auf denen die Stadtadministration den Veteranen zum Siegestag gratulierte. Hierfür wurde ein Foto eines Wehrmachtssoldaten auf einem eingenommenen sowjetischen Panzer T-34 verwendet.

¹² Nach Angaben der Bank wurden diese Plakate in mehreren Städten des Gebiets Swerdlowsk, sowie wahrscheinlich auch in Tscheljabinsk aufgehängt.

¹³ Leider konnten wir keine Zitate von Bankvertretern zu dem Plakat und dem Skandal finden. Bezug genommen auf Kommentare seitens der Bank wird auf folgenden Seiten: „Skandal. V Internete obszhdajut zifry 14,88 v reklame banka“ (<http://www.justmedia.ru/news/society/2008/05/07/400783>) und „Bank Jekaterinburg obviniliv neonazisme // MarketingMedia. 2008 12. Mai“ (<http://mmr.net.ua/news/newsid/10851/index.html>).

¹⁴ Pressemitteilung der Bank vom 9. April 2008 // Offizielle Homepage der Bank „Dragozennosti Urala“. 2008. 2. Quartal (<http://www.kbdu.ru/page.php?p=1306>)

von Eingeweihten verstanden werden kann. Das wiederum führt zweifelsohne zu einer abnehmenden Wirkung dieser Plakate auf das Publikum vor Ort und am Fernseher.

Quelle: <http://xeno.sova-center.ru/29481C8/B7185B9>

Bericht der RF und Gegenbericht russischer NGO zur Diskriminierung in der UNO vorgelegt

Am 1. und 4. August 2008 wurden auf der 73. Tagung des UN-Komitees zur Überwindung der Rassendiskriminierung (CERD) die 18. und 19. turnusmäßigen Berichte Russlands über die Einhaltung der Internationalen Konvention zur Überwindung aller Formen der Rassendiskriminierung erörtert.

Entsprechend der Prozeduren der UNO in der CERD wurde gleichzeitig ein vom Menschenrechtszentrum „Memorial“ und dem Informations- und Analysezentrum „Sova“ sowie unter Beteiligung anderer NGOs erarbeiteter Gegenbericht gegeben.

Den Gegenbericht kann man auf der folgenden Webseite lesen:

Quelle: <http://xeno.sova-center.ru/29481C8/B87CC59>

Einhaltung der Internationalen Konvention zur Überwindung aller Formen der Rassendiskriminierung: Gegenbericht der NGOs für das UN-Komitee zur Überwindung der Rassendiskriminierung

Die 73. Tagung des Komitees fand vom 28. Juli bis 15. August in Genf statt. Die Diskussion des offiziellen Berichtes der Russischen Föderation erfolgte 31. Juli und 4. August.

Text des Gegenberichts siehe Webseite:

Quelle: <http://xeno.sova-center.ru/29481C8/B8951B5>

Chronik

Aktuelle Ereignisse in Georgien: Reaktion der russischen Bevölkerung

Am 9. August kam es in Ulan-Ude zu einem antigeorgischen Zwischenfall. Wie sich später herausstellte wurde er durch die antigeorgische Propaganda des russischen Fernsehens provoziert.

An diesem Tag erhielt das Cafe „Genazwale“ in Ulan-Ude einen Anruf mit der Mitteilung, dass das Cafe vermint sei. Nach zwei Stunden stellten Mitarbeiter der Miliz und des Ministeriums für Katastrophen- und Zivilschutz fest, dass es sich um eine „Ente“ handelte. Nach einigen weiteren Stunden wurde eine betrunkene Frau festgenommen, die damit ihren Standpunkt zu den Vorfällen in Georgien zum Ausdruck bringen wollte.

Quelle: <http://xeno.sova-center.ru/45A29F2/B8AFBF8>

Georgisches Cafe in Moskau in Brand gesetzt

Laut Mitteilung des Verbandes der Georgier Russlands, hat er die Nachricht erhalten, dass in der Nacht zum 12. August in Moskau ein georgisches Cafe in Brand gesteckt wurde. Den Überfall verübte eine Gruppe Halbwüchsiger. Verletzte soll es nicht gegeben haben.

Quelle: <http://xeno.sova-center.ru/45A29F2/B8AF942>

Erster antigeorgischer Überfall in Tscheljabinsk

Der erste Antigrusinische Überfall ereignete sich am 9. August. Zwei angetrunkene Taxifahrgäste stritten sich mit dem Fahrer, einem gebürtigen Georgier, über die Ereignisse in Südossetien. Anfänglich versuchten sie, das Fahrzeug zu beschädigen, danach griffen sie den Fahrer an.

Quelle: <http://xeno.sova-center.ru/45A29F2/B8AF7E8>

Publikationen

Sammelband „Russischer Nationalismus – Der soziale und kulturelle Kontext“

Im Sommer 2008 wurde durch den Verlag „Neue literarische Sicht“ unter Mitwirkung des französisch-russischen Zentrums humanitärer und Gesellschaftswissenschaften in Moskau der Sammelband „Russischer Nationalismus – Der soziale und kulturelle Kontext“ herausgegeben.

Darin enthalten sind Beiträge, die auf einer Reihe von Konferenzen des Zentrums zum russischen Nationalismus im Jahr 2005 gehalten wurden.

Quelle: <http://xeno.sova-center.ru/45A2A39/B89ADE0>

Impressum

Übersetzung: Alice von Butler, Annette Bräunlein, Klaus-Reiner Dauert, Jana Ennullat, Stephanie Hensche, Anja Schmidt

Zusammenstellung: Ewgenija Hartleben

ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH

Mühlenstr.47

13187 Berlin

Telefon: 030 / 912079-3

Telefax: 030 / 912079-45

E-Mail: info@zentrum-demokratische-kultur.de

Internet: www.zentrum-demokratische-kultur.de

gemeinsam mit

Deutsch-Russischer Austausch e. V.

Badstr. 44

D-13357 Berlin

Telefon: 030 / 44 66 80-0

Telefax: 030 / 44 66 80-10

E-Mail: info@austausch.org

Internet: www.austausch.org